

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1873

30.10.1873 (No. 253)

Badischer Beobachter.

Bureau: Adlerstraße Nr. 20 in Karlsruhe.

Nr. 253.

Erscheint täglich (Montag ausgen.)
Preis 1 fl. 24 kr., durch die Post bezogen
1 fl. 58 kr. vierteljährlich.

Donnerstag, 30. October

Ersertionsgebühr:
die gespaltene Zeitspaltel ober deren
Raum 4 Kreuzer.

1873.

Für die Monate November und December laden wir zu zahlreichem Abonnement auf den Bad. Beobachter ergebenst ein.

Deutschland.

* Karlsruhe, 28. Oct. Wir haben neulich der Badischen Landeszeitung gegenüber gesagt, daß Niemand für unser Blatt — wir können selbstverständlich nur von den letzten zwei Jahren, in denen ein neues Geschäft etablirt wurde, reden, glauben aber, daß es früher eben so war — irgend welche Beiträge geleistet habe und daß kein Heller Deficit vorhanden sei. Es scheint, daß die in der Vorbereitung begriffene Aktiengesellschaft, in deren Hände unser Blatt zu seiner größeren Vervollkommnung übergehen soll, den ministeriellen Blättern arg im Magen liegt; sonst könnten wir uns Angesichts unserer gemeintheiligen Erklärung die durch keine Thatsache begründete, sondern willkürlich erdichtete und ungezogene Bemerkung der Constanzener Zeitung nicht erklären, wornach Parteigenossen, „welche das Blatt bisher finanziell über Wasser hielten, Verluste gehabt haben sollen. Hat die Constanzener Zeitung auch nur noch einen Funken von Anstandsgefühl, so wird sie nicht säumen, durch Thatsachen ihre Behauptung aufrecht zu erhalten; aber das kann sie nicht, da nicht bloß Niemand an unserem Blatte etwas verloren hat, sondern wir im Gegentheil seit den letzten zwei Jahren einen, wenn auch nicht gerade bedeutenden Ueberschuß nachzuweisen im Stande sind, wie auch Herr Dekan Lender, der als Eigentümer des Blattes doch die größten Verluste hätte erleiden müssen, in der Bühler Parteibesprechung ausdrücklich hervorgehoben hat. Herr Ammon würde geschiedter thun, statt über unser Blatt erlogene Mittheilungen seinem Publikum vorzusetzen, sich lediglich um seine eigenen Geschäfte zu kümmern und sich allen Ernstes die Frage vorzulegen, wie viele Leser noch auf sein Geschreibsel abonniren würden, wenn sie nicht mehr des hinteren Theiles wegen sein Blatt zu halten brauchten. Bekanntlich sind es ja die amtlichen Verkündigungen, welche sein Blatt über „Wasser halten.“

* Karlsruhe, 29. Oct. Der Landtag soll am 27. Nov., nach Andern bereits am 20. einberufen werden.

(Constanz, 28. Oct. In der gestrigen Sitzung der hiesigen Civillammer hat dieser aus den H. Kreisdirector Schneider, Kreisgerichtsrath Geppert und Kreisgerichtsrath Heiß gebildete Gerichtsenat

die von der obersten Kirchenbehörde und dem kath. Oberstiftungsrath gegen die hiesigen Altkatholiken auf Räumung der Augustinerkirche angelegte Beschlusse als nicht statufindend abgewiesen und die Kläger zu den Kosten verurteilt. Die Entscheidungsgründe dieses Urtheils wurden noch nicht eröffnet. Sobald dies geschähen sein wird, folgt weitere Mittheilung. Jedenfalls steht zu erwarten, daß klägerischer Seits die Appellation ergriffen wird.

Freiburg, 26. Oct. Professor Behagel wurde als Vertreter der hiesigen Universität mit 22 gegen 9 Stimmen in die erste Kammer gewählt.

Aus Ettenheim berichtet die Lahrer Zeitung, daß die Liberalen deshalb nicht zur Wahl erschienen seien, weil sie sich auf einen Candidaten nicht hätten einigen können. Dies ist nicht richtig; sie hatten sich geeinigt auf den früheren Abgeordneten, den Bürgermeister Richter von Kappel. Da sie aber bei der großen Heerschau unmittelbar vor der Wahl bemerkten, daß sie in der Minderheit seien, nahmen sie an der Wahlhandlung nicht Theil. Wie man hört, wollen sie es nun mit einem Manne probiren, der noch keine politische Rolle gespielt hat, nämlich mit Kaufmann Behrle aus Herbolzheim. Da aber derselbe dem Vernehmen nach gerade so liberal ist, wie Richter, in der Kammer daher gerade so stimmen würde, wie dieser, so werden unsere Wahlmänner an dieser Angel nicht hängen bleiben, sondern bei Herrn Edelmann verharren.

(A. f. St. u. L.)

+ Offenburg, 26. Oct. Mit den heutigen Gemeinderathswahlen sind die Nationalliberalen in den unbestrittenen Besitz der Stadt gelangt. Der über alle Verhältnisse erstreckte Terrorismus hat jedoch endlich den letzten Widerstand vollends beseitigt. Nach schweren Erfahrungen werden wir freilich später lernen, daß die Opfer, welche der Kampf mit sich bringt, gering gewesen sind, gegen die Opfer, welche der siegreiche Liberalismus von uns ohne Zweifel verlangen wird. Derselbe hat jetzt hier nichts mehr zu fürchten, nichts mehr zu scheuen. Kaum bemerkenswerth ist, daß sich unter den 6 Gewählten drei sog. Demokraten befinden, da unsere „Demokraten“ hier gewöhnt sind, den „Liberalen“ die Schleppe nachzutragen, altkatholischs Licht aus der protestantenvereinigten Gasfabrik zu beziehen und mit einem Stück von der Eckale vorlieb zu nehmen, wenn die „Liberalen“ den Keim verspeien. Bürgermeister Schaible, der sich noch etwas in der Mitte zu halten suchte, wird nunmehr wahrscheinlich auch zurücktreten. Bereits rüsten sich die Streber, welche bereit sind, bei die-

ser Gelegenheit ihr eigenes Wohl im Wohl der Gemeinde aufgehen zu lassen.

Achern. Hr. Hofrath v. Buß, telegraphisch von seiner Erwählung benachrichtigt, kam mit dem Nachmittagszuge hierher und verweilte im großen Saale der Eisenbahnrestauration im Kreise seiner Wähler. In mehr als einstündiger herrlicher Rede legte der neugewählte Abgeordnete dar, wie er in der Kammer treu dem Programme der kath. Volkspartei wirken werde. Hr. v. Buß sprudelt noch von jugendlichem Feuer, obwohl Silberhaare sein Haupt schmücken. Er ist ein alter Soldat, der schon im Feuer gestanden, als die heutigen Kämpfer noch auf den Schulbänken saßen; er hätte eigentlich die Ruhe wohl verdient, allein er will arbeiten, so lange es noch Tag ist, und gerade jetzt, wo der Kampf gegen die Kirche heißer entbrannt ist, als je, will er mit in den Reihen der Kämpfer stehen. Sein vielseitiges Wissen und seine reiche Erfahrung, verbunden mit Unerbrotlichkeit und Charakterfestigkeit, werden ihn in die Reihe der hervorragendsten Mitglieder der zweiten Kammer stellen. Daß die Wahlmänner des Bezirkes Achern-Bühl den rechten Mann gewählt haben, geht auch daraus hervor, daß die Badische Landeszeitung dem Neugewählten bereits einen unflätigen Artikel gewidmet hat. Es wäre eine Beleidigung für Hr. v. Buß, wenn wir auf dieses Landgrabenmachwerk auch nur eine Silbe erwidern würden. (A. f. St. u. L.)

..... Bon der Saalbach, 28. Oct. Das Gebelser der Landesztg. über den Ausfall unserer Abgeordnetenwahl vermag ich nicht in dem Grade ernst zu nehmen, um mich von demselben in Harnisch bringen zu lassen. Die ministeriellen Wahlmänner von Philippsburg und ein Genosse von Waghäusel hatten sich ungeheure Liebesmühe gegeben und waren zuletzt zu dem Wahne gekommen, das das Jünglein der Wage doch noch zu ihren Gunsten sprechen könne. Man erzählt sich schnurrige Dinge. Einer dieser wenigen „Vaterlandsfreunde“ suchte einen Wahlmann der Gegenpartei zu bearbeiten. Dieser ließ ihn eine Weile austräumen, erwiderte ihm aber dann: „Sie wissen ja wohl, daß ich ein Schwarzer bin! Bei mir ist nichts zu machen! Versuchen Sie es bei meinem Nachbar, der scheint nicht fest zu sein!“ Und der Nachbar handelte gleicher Maßen. Wenn der Aerger der Servilen nicht gar zu groß wäre, hätten sie wohl geschwiegen. Zudem passiert dem Correspondenten der alten Base ein seltsames Malheur. Er nennt als durchgefallenen Candidaten den Müller Kramer; nun ruht aber dieser seit Monaten in kühler Erde und kümmert sich wohl schwerlich

Journalistenstreiche.

(Frtfr. Btg.)

„Ein Journalist! Das heißt ein Mißvergünstiger, ein Tadel, ein Rathgeber, ein Beherrscher von Souveränen und ein Beschützer der Völker! Hier feindliche Zeitungen sind mehr zu fürchten als 100,000 Bajonnette!“ So sprach der Sieger in hundert Schlachten, der erste Napoleon, und daß er in Wirklichkeit auch so dachte, bezeugt am Besten die Angst, welche er vor der Feder einer geistbegabten Frau empfand. Der Despotismus in irgend welcher Form und eine freie Presse sind unvereinbare Dinge — das wissen auch nach ihm manche gekrönte und ungekrönte Häupter, allein die brutale Gewalt reicht nicht mehr aus wie ehemals, die Stimme der Presse zu unterdrücken. Der beste Beweis dafür, wie sehr diese erstarkt ist, sind die mannigfachen Versuche, welche gemacht worden sind, ihre Geschichte zu schreiben, in erster Reihe natürlich dort, wo ihre Macht sich frei entfalten darf, wo die Regierungen eine freie Presse nicht zu fürchten brauchen — in England und Amerika. Zwar ist auch in Frankreich in den letzten Jahren eine reiche Literatur zur Geschichte der Presse entstanden, — E. Hatin, Germain, Fernand, Girardin, Leon Vingtain, Hervé u. A. haben umfangreiche Werke geschrieben — allein die französische Presse, obwohl selbstbewußt wie keine andere, hat doch noch eine unsichere Stellung. Die republikanische Regierung des Herrn Thiers, der selbst einst Journalist war, begann mit der Unterdrückung von einem halben Duzend Zeitungen und die Regierung des Marschalls Mac Mahon, der nicht einmal Journalist gewesen ist, hat

das System der Unterdrückung mit Erfolg weiter entwickelt. Dießes des Rheines aber wird es noch ein wenig dunkler. Wie Pruy „Geschichte des deutschen Journalismus“ unvollendet geblieben, so steht auch der deutsche Journalismus selbst noch wie ein halbvolledetes Wesen vor uns und so lange „Herr von Bismarck“ Chefredakteur der gesammten preussischen und eines Theils der außerpreussischen Presse“ bleibt, so lange die officiöse Pressemaschine nicht einen gründlichen Ruck erhält, wird es nicht besser werden. Mittlerweile müssen wir uns mit der Ehre begnügen, daß der Erfinder der Buchdruckerkunst ein Deutscher war, daß das erste Zeitungsblatt in Nürnberg (1457) erschien, daß als erstes täglich erscheinendes Journal die Frankfurter Oberpostamtzeitung (seit 1615) angesehen werden muß, und daß die „Spenerische“ bald weder am Abend noch am Morgen erscheinen wird.

Nirgendwo kann der Journalist stolzer und mit mehr Recht sein Haupt erheben als in England. Herr von Bismarck erklärte einmal, daß er zwar volle Redefreiheit im Parlament, nicht aber jedem Scribler das Recht zugestehen könne, die gegen seine Excellenz gerichteten Pfeile, „welche so zugespitzt sind, daß sie Gift oder einen anderen äbenden Saft enthalten“, in die fernsten Dörfer zu senden. Und doch gerade in der Vermittlerrolle zwischen Volk und Volksvertretung die wesentlichste Bedeutung der Journalistik, wenn anders der Parlamentarismus kein wesentlicher Schatten sein soll. Lord Palmerston, in seiner Art gleichfalls ein arger Tyrann, sah in dieser Beziehung schärfer als der vielberufene deutsche Staatsmann: wo immer er den Berichterstattern einen Dienst leisten konnte, that er es und erntete hundertfach. Da noch

heute die Verhandlungen im englischen Parlamente durch keine officiellen Stenographen aufgezeichnet werden, so ist die Bedeutung der englischen Berichterstatter allerdings eine viel größere als diejenige der Reporter auf dem Continent. Der Hausordnung nach auf der Galerie nur geduldet, sind sie in Wirklichkeit dem Parlamente doch so nothwendig, daß nicht leicht ein Volksvertreter zu reden Lust verspüren würde, wenn sie fehlten. Selbst zu einer Zeit, wo der Reporterdienst noch unansehnlich, die Mittheilung der parlamentarischen Verhandlungen dem Volke minder wichtig erschien als heutzutage, haben Ministerium und Volksvertretung im Fall eines Conflicts mit den Berichterstattern, sogar wenn diese im Unrecht waren, fast immer nachgegeben, bloß um die Kette, welche sie mit dem Volke verband, nicht zu zerreißen. Grant hat uns in seiner Newspaper Press (auch deutsch, bearbeitet von J. Duboe) aus dem Anfange dieses Jahrhunderts, wo die ungeschlachten Inselnder sonderbarer Weise das Hauptcontingent für den Reporterdienst stellten, einige ergötzliche Beispiele überliefert. (Fortsetzung folgt.)

Berschiedenes.

— Zu Florenz ist in Folge anhaltender Regengüsse der Arno ausgetreten. Vor Porta Nicolo wurden die tief liegenden Straßen überschwemmt und das Wasser drang sogar in einige Parterre-Wohnungen ein. Zum Glück ging kein Menschenleben verloren.

mehr um die politischen Händel dieser Welt! Der liberale Bewerber ist vielmehr der Müller Wolf. Vielleicht wollte der Artikelschreiber mit dieser Verwechslung in etwas die Niederlage vertuschen, welche die 16 Stimmen dem Herrn Wolf angethan haben.

Heidelberg, 24. Sept. Die Zahl der Studirenden an der Universität für das Wintersemester ist bis jetzt noch eine weniger beträchtliche als im Vorjahre. (Bf. B.)

Heidelberg, 26. Oct. Minister Folly hat bekanntlich diesmal eine bescheidenere Majorität bei der Landtagswahl für den Landwahlbezirk Heidelberg gehabt als das letzte Mal. Er hatte 86 Stimmen gegen 43, welche letztere auf Rechtsanwalt Wagner dahier fielen, von dem es heißt, daß er einer gemäßigt demokratischen Richtung angehören soll.

In Mannheim wird jetzt doch Herr Eichelsdorfer, welcher eine Wiederwahl abgelehnt hatte, zum Abgeordneten vorgeschlagen und bei der überwiegenden Mehrheit der Demokraten sicher auch gewählt werden.

Aus dem Wahlbezirk Borberg-Adelsheim, 27. Oct. Daß gerade Herr Hufschmidt für unseren Bezirk wieder gewählt wurde, ist höchst charakteristisch für unsere „Liberale“, die Sie in Ihrem Blatte mit Recht stets nur als Ministerielle zu bezeichnen pflegen. Als nämlich Herr Hufschmidt vor der Aufhebung des Bezirksamts in Borberg als Abgeordneter einen sogenannten Rechenschaftsbericht über seine Kammerthätigkeit gab und mit keiner Silbe der Amtsaufhebung gedachte, und ebenso wenig in der Kammer sich gegen die Maßregel hören ließ, so war damals Federmann im Bezirke über ihn höchst ungehalten und allenthalben hörte man die Aeußerung, einen Abgeordneten, der nur für die Vorlagen der Regierung einstehe, dagegen kein Wort für die hauptsächlichsten Interessen des vor ihm vertretenen Bezirkes habe, dürfe man unter keinen Umständen wieder wählen. Und jetzt, als es galt? Nun, er hat von 134 Stimmen 92 erhalten! Man ist also ministeriell um jeden Preis und — „solche Großmuth muß man loben“. [Wird der „Bad. Landeszeitung“ zum Vorstudium empfohlen, wenn es sie wieder einmal gelüftet, die Wahlmänner unserer Volkspartei im Bezirk Bruchsal-Philippsburg „Drahtpuppen“ zu schimpfen! D. Red.]

Aus Baden, 27. Oct. Aus den näheren Berichten über die in den letzten Tagen stattgehabten Abgeordnetenwahlen ergeben sich einige beachtenswerthe Momente. So findet die in Karlsruhe so sehr begrüßte Wahl des Herrn Oberbürgermeisters Lauter durchaus nicht die Zustimmung der „Constanzter Zeitung“. Die Letztere bewirgelt die „hochdramatische Scene“, welche der Herr Oberbürgermeister im Schooße des Karlsruher Gemeinderathes provocirt hat, bevor er sich wählen ließ. Ferner beanstandet das genannte Blatt das Versprechen des Karlsruher Oberbürgermeisters: die Interessen der Stadt Karlsruhe im Ständesaal kräftig wahrnehmen zu wollen — indem es den Herrn Oberbürgermeister auf den Eid aufmerksam macht, den er als „Abgeordneter“ zu leisten hat und der ihn verpflichten wird: nur des ganzen Landes Wohl und Bestes zu berathen. Daß der auch von uns geschilberte Auftritt im Gemeinderath von Karlsruhe „wahrscheinlich bei den meisten Lesern zuerst Staunen und dann Heiterkeit erregt haben werde“, nehmen wir mit der „Constanzter Zeitung“ als selbstverständlich hin. Nicht so verständlich dürfte sein, weshalb das so sehr nationalliberal gefärbte Blatt vom See dem Karlsruher Oberbürgermeister den Vorhalt macht: „daß Herr Lauter zu Ueberschwänglichkeiten aufgelegt sei, habe er aber in noch eclatanterer Weise beim Kaiserempfang vor 2 Jahren in einer Ansprache an den „Gottgesandten“ bewiesen.“ — In Heidelberg wurde vor der Wahl verschiedenes herumgeredet, daß der bisherige Abgeordnete und Vertrauensmann einer nicht unbedeutenden Opposition begegnen würde und seine Wiederwahl durchaus nicht sicher gestellt sei. Angesichts dessen sah sich Herr Dr. Blum, der gerne wieder gewählt war, nach einem anderen Wahlkreise um und er operirte glücklich, da er in Mosbach gewählt wurde. Die Heidelberger Opposition war indessen weniger aufmerksam zu Werke gegangen; sie begnügte sich mit der einmal angenommenen Abneigung gegen die Wiederwahl des Herrn Blum, sah sich aber durchaus nicht nach einem anderen Candidaten um und so kamen die Heidelberger Wahlmänner in die unangenehme Lage, am Wahltage für Herrn Blum stimmen zu müssen, wenn sie nicht wollten, daß eine Wahl überhaupt nicht zu Stande käme oder daß bei dem Mangel aller Vorbereitung irgend welcher Zufall das Resultat der Wahl bestimme. Nun hat Herr Blum die Wahl in Mosbach angenommen

und den Heidelbergern den ihm zugebachten Korb zukommen lassen. Die Rufstadt befindet sich jetzt auf der Candidaten-Suche. Diese Angelegenheit wird ihre Schwierigkeit haben, wenn das dortige Kirchthumsinteresse darauf besteht, einen Vertreter zu finden, der sich herbeiläßt, sich für die von jenen Interessen gemachten Anforderungen in Pflicht nehmen zu lassen. Diese Anforderungen bestehen in nichts Geringerem: als daß ihm zunächst obliegen soll, die Heidelberger Bahnhof-Angelegenheit zu ändern und die Errichtung eines großen Centralbahnhofs durchzusetzen. Sodann soll der Abgeordnete es dahin bringen, daß der Staat eine zweite Brücke bei Heidelberg über den Neckar baut und endlich, daß die directe Bahn von Heidelberg nach Weinheim gebaut werde. (N. B. L. B.)

* Aus Bayern, berichtet — nicht ein katholisches Blatt, sondern die Frankfurter Zeitung:

„Während man man sich protestantischerseits über die stetige Abnahme des Diaconissinns instituts beklagt, erfreuen sich die barmherzigen Schwestern trotz ihres schweren und opfervollen Berufes stetigen Zuganges. So werden allein in München am 17. November d. J. 12 Novizinnen als Schwestern eingeleidet und 12 Mädchen in's Noviziat aufgenommen werden.“

München, 28. Oct. In der gestrigen Sitzung des Schwurgerichts wurde der frühere Redacteur des „Volksboten“, Schimpf, wegen Beleidigung des Königs von Bayern zu 2 Monaten Gefängniß, der Redacteur der ehemaligen „Bavaria“, Förster, wegen Beleidigung des deutschen Kaisers und des Königs von Bayern zu 4 Monaten Gefängniß verurtheilt.

Saarlonis, 24. Oct. Die „Saarzeitung“ schreibt: „Heute Nachmittag wurden in unserer Druckerei die noch vorräthigen Nummern 246 und 248 unserer Zeitung unter Hinweis auf §. 29 des Preßgesetzes und §§. 95 und 131 des Strafgesetzbuches polizeilich mit Beschlagnahme belegt. Einige Stunden später zog der öffentliche Ausrufer durch die Stadt und verkündete: „Von der „Saarzeitung“ sind die Nummern 246 und 248 polizeilich confiscirt. Der Bürgermeister Fristel.“ Noch erfahren wir bezüglich dieser Confiscation, daß auch in vielen Privathäusern auf die betreffenden Nummern gefahndet wurde. Im katholischen Pfarrhause präsentirte sich ein Gensdarm zu diesem Zweck.“

Wiesbaden, 28. Oct. Bei den heutigen Wahlmännerwahlen wurden bei geringer Betheiligung alle von der liberalen Partei aufgestellten Wahlmänner gewählt. Aus dem Rheingau werden überwiegend liberale Wahlen gemeldet.

Frankfurt, 27. Oct. Während der Anwesenheit des Fürsten Bismarck in Berlin sollte die Neuorganisation des Staatsministeriums zur Wirklichkeit werden. So wurde übereinstimmend versichert und noch am Samstag schrieb die „D. R. G.“ mit großer Bestimmtheit, am Montag Nachmittag um 1 Uhr werde im Staatsministerialgebäude in Anwesenheit des Fürsten Bismarck eine Sitzung des Staatsministeriums stattfinden und man glaube, daß in dieser Sitzung die Angelegenheit bezüglich der Uebernahme des Präsidiums des Staatsministeriums, wie auch in Bezug auf die Ernennung eines Vice-Ministerpräsidenten ihre Regelung finden wird. Nach derselben Quelle sollte der Reichskanzler am Dienstag, möglicherweise auch erst am Mittwoch, nach Barzin sich begeben. Nun ist er aber, wie telegraphisch gemeldet wurde, bereits gestern nach Barzin abgereist. Hat nun die Angelegenheit ihre Erledigung gefunden oder nicht? Und wenn nicht, was für ein Hinderniß ist dazwischen getreten? Mit der Antwort auf diese Fragen werden uns die Officiösen wohl nicht lange warten lassen. Auch nach anderer Richtung wäre einige Aufklärung wünschenswerth. Die „Deutschen Nachrichten“ melden unter ihrem „unbedingt authentischen“ Theile, es sei bereits davon die Rede, daß für den Fall der Wiederherstellung der Monarchie in Frankreich ein Wechsel in der Besetzung des deutschen Botschafterpostens in Paris in Aussicht genommen und der gegenwärtige Botschafter in Wien, General v. Schweinitz, zum Vertreter Deutschlands am Hofe Heinrich V. in Aussicht genommen sei. Die genannte Correspondenz findet nach ihrer Information diese Auffassung nur in ihrem zweiten Theile ungenau, da an maßgebender Stelle nicht die Absicht bestehe, für die gedachte Eventualität einem General die diplomatische Vertretung des deutschen Reichs bei dem französischen Hofe zu übertragen. Man scheint sich also in den leitenden Kreisen mit dem Siege der Monarchisten bereits einigermaßen vertraut gemacht zu haben, da man die etwaigen Folgen derselben für die diplomatische Vertretung in Erwägung zieht. Die Erwägung der anderen Folgen hat selbstverständlich nicht gefehlt. Bis wie

weit der Grad, zu welchem man sich bereits vertraut gemacht hatte, durch die jüngsten Phasen der französischen Verhältnisse wieder herabgesunken ist, wollen wir dahin gestellt sein lassen. Dagegen scheint die dänische Angelegenheit wirklich sich abwickeln zu sollen. Die dänischen Agnaten haben vor wenigen Tagen in Mustau Familienrath gehalten, und daß der Kaiser, der dies wußte, gleichwohl nach Mustau zum Besuche ging, das wird allgemein so aufgefaßt, daß es in seiner Absicht läge, den streitigen Punkt aus der Welt zu schaffen. Auf welche Weise dies geschehen soll, darüber ist man im officiellen Lager noch nicht einig. Die „D. R. G.“ ist überzeugt, daß die Sache vor die Landesvertretung gebracht wird, sie will aber keine Verantwortung dafür übernehmen, daß der Landtag so ohne Weiteres gewillt sein werde, Nordschleswig an Dänemark abzutreten, und spricht jetzt schon ihre Zweifel aus, daß eine Vorlage, die eine Abtretung des nördlichen Theils von Schleswig forderte, die Zustimmung des Landtages finden werde. Wir denken, der Landtag wird mit sich reden lassen, wenn eine Vorlage in diesem Sinne gemacht werden sollte, und wenn er sich auf Bismarcks Wunsch großmüthig zeigen will, so werden die Nationalliberalen die letzten sein, ihren Segen zum guten Werke zu verweigern, falls nicht der deutsche Reichstag ein Wort drein zu sprechen haben sollte. Man sieht, politischer Stoff genug, — und gerade jetzt Bismarck fern, und zwar auf so unvermuthete Weise! (Fik. Btg.)

* Köln, 27. Oct. Gestern Nachmittag tagte hier im großen Gürzenichsaale eine Versammlung von 5000 Wählern der Centrumpartei. Das nennt man politisches Leben!

Köln, 27. Oct. In der heutigen Sitzung des Buchpolizeigerichtes wurde gegen den hochwürdigsten Herrn Erzbischof Dr. Paulus Melchers in contumaciam wegen der Beschuldigung verhandelt, in sechs Fällen Pfarrei- resp. Caplanei-Stellen übertragen zu haben, ohne vorher dem kgl. Oberpräsidium Anzeige gemacht zu haben. Das öffentliche Ministerium beantragt auf Grund der §§ 22, 1, 3 und 15 des Gesetzes vom 15. Mai 1873 in jedem einzelnen Falle eine Geldbuße von 500 Thaler, event. vier Monaten Gefängniß. Das Gericht erkannte auf Geldbußen von je 200 Thlr., event. Gefängnißstrafen von je zwei Monaten. (N. B. L.)

Berlin, 26. Oct. Der Quistorp'sche Krach hat bereits ein Menschenleben zum Opfer gefordert. Die „Gerichtszeitung“ berichtet darüber: „Der Rentier Hiedel in Stralsund, ein daselbst allgemein geachteter Mann, hatte ein Vermögen von etwa 20,000 Thlr. in Quistorp'schen Werthen angelegt und diese für 12,000 Thlr., welcher Summe er zum Ankauf von Ländereien bedurfte, bei einem dortigen Creditinstitute lombardirt. Da brach das faule Gebäude der Quistorp'schen Schöpfung zusammen, und die Folge davon war, daß an H. die Aufforderung erging, die fast gänzlich entwertheten Papiere gegen Baarzahlung von 12,000 Thlr. in Empfang zu nehmen. Dies zu thun, war der Angesforderte außer Stande, und am vorigen Freitag fand man den Unglücklichen, in den letzten Zügen liegend, mit geöffneten Pulsadern im Stadtgraben. — In dem etwa 6000 Einwohner zählenden Wolgast, dem Geburtsorte Quistorp's, herrscht durch den Sturz des Letztern namenloses Elend. In jeder Familie liegen die Actien des weltbeglückenden Gründers aufgeschichtet; alle Gewerbetreibende sind Quistorp'sche Actionäre oder Besitzer Quistorp'scher Wechsel, die nicht eingelöst worden sind. Die vielen in Wolgast befindlichen Fabriken, welche zu den Quistorp'schen Unternehmungen gehörten, sind seit dem Tag der Zahlungseinstellung geschlossen und ungefähr 1000 Arbeiter brodlös.“

Berlin, 26. Oct. Der Kaiser ist bereits gestern Abend um 6 Uhr in seinem hiesigen Palais wieder eingetroffen, und wollte heute den Herrn Dr. Reinens in Privataudienz empfangen, nachdem diesem gestern dieselbe Ehre von Seiten des Kronprinzen, des Fürsten Bismarck und des Cultusministers Dr. Falk erwiesen worden war. Wie man versichert, hätte der neue deutsch-katholische Bischof überall die freundlichste Aufnahme gefunden, und die besten Zusicherungen erhalten. Daran ist auch um so weniger zu zweifeln, als die deutsch-katholische Bewegung ja vorzugsweise, wenn nicht ausschließlich den politischen Interessen der herrschenden Richtung dient. Wenn auch diese Bewegung sonst wenig Nutzen bringen kann, so wird sie doch voraussichtlich sehr viel zur Steigerung der kirchlichen und politischen Wirren beitragen, da die Gegner der katholischen Kirche sich ihrer als eines sehr erwünschten Mittels in dem Kampfe gegen den wahren Katholicismus bedienen. Sehr lezeichnend für die wachsende Verwirrung der Begriffe im Lager der Nationalliberalen ist die Er-

fcheinung, daß die „Nationalzeitung“ heute den sehr „aufgeklärten“ Berliner Wählern den Text liest, weil diese sich von einer kleinen Rotte von Schelmen am Narrenseile hätten führen lassen und einige Leute in's Abgeordnetenhaus geschickt, die mit dem Papst und den Jesuiten gemeinsame Sache machten. Die Berliner Wähler sind nun zwar nicht so intelligent, wie sie selber meinen und wie die „Nationalzeitung“ früher hat glauben machen wollen; indessen sind sie doch verständig genug, die Tactik des nationalliberalen Blattes zu durchschauen und an Vertretern festzuhalten, die allerdings gegen die Maßgabe gestimmt haben, jedoch nicht in der Absicht, dem Papst und den Jesuiten einen Gefallen zu erweisen, sondern nur in der Ueberzeugung, damit dem Recht und der Freiheit zu dienen. Die Schimpfreden und Verleumdungen der „Nat.-Ztg.“ werden daher die Herren Kerst und Dunder gewiß nicht um ihre Sitze im Abgeordnetenhaus bringen. Daß letzteres bereits auf den 11. November einberufen werden soll, wird jetzt officiös wiederholt bestätigt. Das Staatsministerium wird deshalb sehr fleißig zu arbeiten haben, wenn die Landesvertretung nicht abermals Gefahr laufen soll, in wochenlanger Unthätigkeit zu verharren. Wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ meldet, will das Ministerium denn auch von der beginnenden Woche ab sich ohne Unterbrechung mit der Berathung der Landtagsvorlagen beschäftigen. Den Schwerpunkt derselben bilden neue kirchenpolitische Vorlagen, die jedoch wahrscheinlich erst gegen den Schluß der Session werden eingebracht werden. Auf das oft und lange verheißene Unterrichts-gesetz kann das Land einstweilen warten, da die kirchlichen Wirren der Regierung keine Zeit lassen, solche Fragen zu erledigen, auch vom Standpunkte der Regierung aus wohl kein Bedürfnis für die Regelung dieser speciellen Frage mehr vorhanden sein dürfte, nachdem der Landtag ihr das Schul-aufsichtsgesetz bewilligt hat. Auch ist es noch sehr zweifelhaft, ob in der bevorstehenden Session noch der Entwurf einer Provincial-Ordnung eingebracht werden wird. — Hr. Quistorp hatte vor einigen Tagen das Unglück, in dem benachbarten Charlottenburg unter eine aufgeregte Volksmenge zu gerathen und von derselben arg mißhandelt und mit Roth beworfen zu werden. Bekanntlich beherrschte Charlottenburg eine große Anzahl von Personen, welche das Opfer der Quistorp'schen Speculationen geworden sind. Inzwischen sind nun auch die Gerichte gegen Hr. Quistorp selbst vorgegangen und haben dessen gesamtes Besitztum einschließlich Mobilien, Pferde, Equipagen und Weinkeller mit Beschlage belegt, ein Verfahren, welches den gestürzten Speculanten in gewaltige Alteration versetzt haben soll. Für seinen Lebensunterhalt verlangt dieser Mann jetzt vom Gerichte die bescheidene Summe von wöchentlich 60 Thaler. (N. V. Z.)

Berlin, 28. Oct. Die Berliner Urwahlen ergaben zum größten Theil fortschrittliche Wahlmänner. Genauere Resultate sind noch unbekannt, doch erscheint die Wahl der früheren Abgeordneten wahrscheinlich.

Berlin, 28. Oct. Ueber die Wahlmännerwahlen liegen folgende Nachrichten vor: in Königsberg i. Pr. wurden 207 Liberale und 44 Freiconservative gewählt, (21 Candidaten waren von beiden Parteien gleichzeitig aufgestellt), aus 19 Civilwahlbezirken und 3 Militärwahlbezirken ist das Resultat noch unbekannt. In Graudenz wurden 50 Liberale und 4 von zweifelhafter Parteirichtung gewählt. Die polnisch-clericale Partei brachte keinen Candidaten durch. Christburg wählte 13 Liberale, Erfurt (Stadt) die von der fusionirten liberal-freiconservativen Partei aufgestellten Candidaten fast einstimmig. In Münster gehören von 87 Wahlmännern nur 6 der liberalen Partei an. Coblenz hat 54 Liberale und 36 Clericale gewählt. Magdeburg (Stadt), Tangermünde, Seehausen und Osterburg wählten lauter Liberale, Genthin 12 Liberale und 2 Conservative. Naumburg wählte die aufgestellten 57 liberalen Candidaten fast vollständig. Stettin ausschließlich Liberale. Hildesheim (Stadt) 59 Nationale und 18 Particularisten. Peine (Stadt) lauter Nationale. Peine (Amt) 57 Nationale und 3 zweifelhafter Richtung.

Berlin, 28. Oct. Der Kultusminister hat in einem Specialfalle erklärt, daß unter einer deutschen Staatsuniversität, deren Besuch nach dem Kirchengesetz zur Bekleidung eines geistlichen Amtes erforderlich ist, eine Universität eines zum deutschen Reiche gehörigen Staates zu verstehen sei.

Posen, 24. Oct. Wegen der Geldstrafe von 200 Thalern, die wegen „eigenmächtiger“ Anstellung des Geistlichen Arndt zu Filehne gegen den Herrn Erzbischof Grafen Ledochowski erkannt worden war, sind der „Posener Zeitung“ zufolge, gestern die Pferde und die Equipage des Erzbischofes mit Beschlage belegt worden. Von der Realexecution war

auf Grund eines ärztlichen Attestes über den damaligen Gesundheitszustand des Erzbischofes abgesehen worden.

Dresden, 27. Oct. In der zweiten Kammer kam die von Stauff und Genossen eingebrachte Interpellation, ob die neuesten Denkschriften zur Aufrechthaltung der Rechtsansprüche des gräflich Schönburg'schen Hauses der sächsischen Regierung und dem Bundesrath eingereicht seien und was die Regierung thun werde, zur Verhandlung. Der Minister des Innern von Noftiz erwiderte, daß die Denkschrift dem Bundesrath nicht vorgelegt und der Regierung nicht überreicht worden sei. Die Verhandlung wegen Durchführung politischer Reformgesetze im Schönburgischen Gebiet seien angeknüpft und zeigten sich einzelne Mitglieder des Gesamthauses entgegenkommend. Wenn die Verhandlungen nicht gelängen, so sei dennoch die Durchführung beschloßen, mit Ausnahme einzelner Punkte, wo ein Reces entgegenstehe. Die künftig von dem Reiche zu beschließende Gerichtsorganisation sei selbstverständlich auch für das Schönburgische vollgültig und ein Widerspruch dagegen unzulässig.

Braunschweig, 25. Oct. Der von der Regierung zur Vorlage für den am 4. November zusammen tretenden Landtag gefertigte Reformvorschlag zum Wahlgesetze vermindert die Zahl der Abgeordneten von 36 auf 33, führt directes geheimes Wahlverfahren ein und beseitigt die besondere Vertretung der Geistlichkeit. Derselbe behält dagegen den früheren Wahlmodus insofern bei, als die Abgeordneten zur Hälfte durch sogenannte allgemeine Wahlen und zur anderen Hälfte durch die Höchstbesteuerten resp. durch die wissenschaftlichen Berufsstände gewählt werden.

Ausland.

Wien, 28. Oct. In der Umgebung des Grafen Chambord betrachtet man, wie die „Noue Freie Presse“ aus Frohsdorf erzählt, die Restauration als zweifellos. Die Rathgeber Chambords seien mit der Abfassung einer Proclamation an das französische Volk beschäftigt, Reisevorbereitungen nach Paris werden getroffen, Chambord selbst begibt sich in den nächsten Tagen in die Nähe der französischen Grenze, um die weiteren Ereignisse abzuwarten.

Bern, 28. Oct. Der Regierungsrath des Cantons St. Gallen hat beim Bischof von Chur gegen die Abtretung des Cantons Appenzell vom Bisthum Chur und seine provisorische Unterstellung unter den Bischof von St. Gallen, alle weiteren Schritte sich vorbehaltend, Protest erhoben.

Rom, 23. Oct. Der allgemeinen Meinung nach befinden wir uns einer Crisis nahe. Sollte die republikanische Partei in Frankreich gegen einen immer wahrscheinlicher werdenden Beschluß der Nationalversammlung durch Aufruhr und Revolution demonstrieren, so hat Italien gleichfalls eine Säulhebung gegen die Monarchie zu erwarten. Der gute Rath, den Meister Gambetta den Landsleuten seiner Boretern erteilte, als er in diesem Sommer in Rom war, ist ausgeführt worden, und die verschiedenen Schattirungen der Republikaner und Socialisten Italiens haben sich in eine große Partei verschmolzen.

Rom, 27. Oct. Der Jesuitengeneral hat beschloßen, sich nach Belgien zu begeben. Die Jesuiten räumen die Klöster definitiv am 2. Nov., mehrere werden bei Privaten wohnen.

Rom, 28. Oct. „Italia“ bemerkt betreffs der allgemeinen Finanzlage, daß durch Verminderung der Ausgaben um 17 und Erhöhung der Einnahmen um 16 Millionen gegenüber 1873, das Deficit des Budgets für 1874 um 33 Millionen vermindert und auf insgesammt 109,900,000 reducirt sei. — Die „Agerzia Stefani“ bezeichnet die Nachricht von einer beabsichtigten Conferenz des Königs mit Visconti Venosta und Riga als unbegründet.

Paris, 27. Oct. Chesnelong hält in einem veröffentlichten Schreiben die Richtigkeit seiner Mittheilungen über die Salzburger Unterredung mit dem Grafen von Chambord aufrecht. Auch „Union“ bestätigt dieselbe. — Bei den gestrigen Wahlen für mehrere Generalräthe wurden Conservative gewählt.

Verailles, 27. Oct. Das linke Centrum hielt heute wieder eine Versammlung. Dasselbe betrachtet die Majorität für die Republik gesichert und sieht von der Entsendung von Provincialdeputationen an Moc Mahon ab, um sich nicht dem Vorwurf von Agitationen auszusetzen.

Trianon, 27. Oct. Proceß Bazaine. Als wichtigster Punkt der heute abgegebenen Zeugenaussagen ist hervorzuheben, daß Bazaine am 6. August den Divisionsgeneralen den Befehl erteilte, den General Frossard zu unterstützen. Aus den Zeugenaussagen ergibt sich, daß weder Bazaine noch Fro-

sard für die Nichtausführung dieses Befehls verantwortlich zu machen ist.

Verailles, 28. Oct. Gestern sind hier selbst drei Deputationen aus den Provinzen angekommen, indem von dem Marschall Präsidenten nicht empfangen worden. Einer von ihnen, welche erklärt hatte, daß sie für die öffentliche Ordnung nicht einstehen könnte, wenn die Monarchie proclamirt würde, wurde erwidert, daß die Regierung keine Furcht habe und für die Aufrechthaltung des öffentlichen Friedens sich verbürge.

Constantinopel, 25. Oct. Die Commission zur Feststellung der Tonnengebühren für den Suez-canal hat in der heutigen Sitzung die Generalberatung der technischen Frage fortgesetzt. Eine Beschlüßfassung hat nicht stattgefunden.

New-York, 27. Oct. In Memphis ist das gelbe Fieber im Annehmen begriffen; die Zahl der in den letzten 14 Tagen der Suche dortselbst Erlegenen beträgt 417.

New-York, 28. Oct. In der Havana werden 5000 Mann Verstärkung aus Spanien erwartet.

Notizes.

Heidelberg, 27. Oct. Im Hause des Kaufmanns Bär ist durch Herabstürzen der Zimmerdecke in letzter Nacht ein schweres Unglück geschehen. Ein 3-jähriges Kind fand augenblicklich seinen Tod und eine bejahrte Frau wurde schwer verletzt.

Literarisches.

Aus Baden, im Oct. Für die praktische Anwendung eines Gesetzes wirkt häufig fördernd der Umstand, daß seine Entstehungsgeschichte, die Ansicht des Gesetzgebers über die Tragweite einer Bestimmung nicht Jedermann zugänglich ist und daß die Vollzugs- und Einzelschriften der Zeit und dem Raume nach weit hin zerstreut sind. Es bleibt also stets ein verdienstvolles Unternehmen, diesen Stoff in gedrängter Kürze übersichtlich zu sammeln und der Geschäftswelt dadurch mühevoll und zeitraubendes Nachsuchen und Zusammentragen zu ersparen. In hohem Grade verdient unter diesem Gesichtspunkte Anerkennung eine so eben bei Stachel in Würzburg (deren Volksausgabe der deutschen Reichsgesetze unablässig bemüht ist, die Kenntniß der neuen Ordnung im Reiche in den Volkskreisen zu verbreiten) erschienene Arbeit unseres Schriftstellers längst bewährten Landmanns, des groß. Oberamtsrichters Käß in Heidelberg: „Die Gewerbeordnung des deutschen Reiches, erläutert nach den Motiven des Regierungsentwurfs“ u., 371 Seiten in Großoktav, Würzburg 1873.“ Nachdem in einer kurzen Einleitung das Geltungsgebiet der Gewerbeordnung und ihr Verhältnis zu der Landesgesetzgebung geschildert ist, wird das Gesetz in den einzelnen Paragraphen unter Bezugnahme auf die Regierungsmotive, auf die Verhandlungen des Reichstages und auf die organischen Vollzugsvorschriften des Bundesrathes und Reichsanzleramtes eingehend erläutert und die Entstehungsgeschichte der einzelnen Bestimmungen ausführlich geschildert. Dabei wird auf die erschienene Literatur, auf die einschlägigen Vorschriften anderer Gesetze und die Praxis der Gerichte und Verwaltungsbehörden gebührend Rücksicht genommen, auch die schrittweise Einführung des Gesetzes im Reichslande in den Bereich der Darstellung gezogen. In einem Anhange werden mitgetheilt: das Gesetz vom 1. Nov. 1867 über die Freizügigkeit, das Gesetz vom 1. Juni 1870 über die Bundes- und Staatsangehörigkeit, die Verordnung vom 25. März 1872 über den Verkehr mit Apothekerwaaren (nebst einigen gerichtlichen Entscheidungen), das Gesetz vom 11. Juni 1870 über das Urkessrecht, vom 7. Juni 1871 über den Schadenersatz für Tötungen und Körperverletzungen beim Betrieb von Eisenbahnen u., vom 21. Juni 1869 über Beschlagnahme des Arbeits- oder Dienstlohnes, die Bestimmungen des Bundesrathes über Anlegung von Dampffesseln, Prüfung der Ärzte, Zahnärzte, Thierärzte und Apotheker, Prüfung der Seeschiffer und Seefahrerleute, Ausstellung der Legitimations-scheine zum Gewerbebetrieb der Ausländer u. s. w. Die Darstellung der in den einzelnen Bundesstaaten erlassenen Vollzugsvorschriften hat der Verfasser mit vollm Rechte unterlassen; es können naturgemäß nur unbedeutende Abweichungen eintreten und der Umfang des jetzt sehr handlichen Buches würde sich bedenklich und ohne Nutzen erweitert haben, während dasselbe in seiner jetzigen Gestalt sich bei der Reichhaltigkeit des Stoffes und dessen gewandter Anordnung zur Anschaffung in allen betheiligten Kreisen empfiehlt. (Oberh. Cur.)

Wannheim, 27. Oct. Weizen, Roggen und Hafer un-
verändert, Gerste fest. Oel und Petroleum bill. Weizen,
hierländischer 18 fl., russischer 17 1/2 fl., norddeutscher 17 1/2
bis 18 fl., ameritanischer 17 1/2 fl., Roggen französischer
13 1/2 bis 14 fl., russischer 12 1/2 fl. Gerste, hierländische 13 — 13 fl.,
französische 13 1/2 fl., württembergische — fl., ungarische 13 1/2 fl.,
Hafer effekt, neuer 9 1/2 bis 10 1/2 fl., Hafer, alter — fl. Kernen
18 1/2 bis 19 fl. Rohkorn, ungarischer 17 fl., deutscher 16 1/2 fl.
Bohnen 15 fl. per 100 Kilo. Kleesamen, deutscher I. 27 fl.,
deutscher II. — fl., Luzerne 27—28 fl., Espazette — fl.
Leinöl 22 1/2 fl., saßweise 22 1/2 fl., Rübol — fl., saßweise
19 1/2 fl. Branntwein 50°. Falles 50 L. Petroleum 10 1/2 fl.,
saßweise 10 fl. per 50 Kilo mit Fuß. Weizenmehl per 100
Kilo mit Sad: Nr. 0 30 fl. 40 kr., Nr. 1 27 fl. 40 kr.,
Nr. 2 24 fl. 10 kr., Nr. 3 23 fl. 10 kr., Nr. 4 19 fl. Rog-
genmehl Nr. 0 19 fl. 40 kr., Nr. 1 18 fl. 10 kr.

Briefkasten.

Z. dahier. Vertrauen um Vertrauen — anders nicht.
Herrn G. in Einsiedeln, Canton Schwyz. Da Sie
das Blatt direkt unter Kreuzband beziehen wollen, erhöht sich
der Preis wesentlich und beträgt Ihre Rechnung daher für
die beiden Monate zusammen 1 fl. 40 kr.
In's Ausland. Uns ist der Wunsch von B. aus zu
erkennen gegeben worden, nichts über das, was auf dortige
Verhältnisse Bezug haben könnte, in unferem Blatte zu er-
wähnen. Wir müssen daher ihren zweiten Artikel, so leid
dies uns thut, bei Seite legen.

Redigirt unter Verantwortlichkeit von Dr. Ferd. Stilling

